

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **Kapitalanlagegesellschaften: BVerfG prüft mögliche Nichtigkeit von § 43 Abs. 14 KAGG aufgrund formellen Mangels des Gesetzgebungsverfahrens**
Beschluss vom 17.07.2024, Az: I R 12/20
2. **Körperschaftsteuer: Erweiterung des § 8b Abs. 6 KStG gilt nicht für Sparkassen in AG-Form**
Urteil vom 04.09.2024, Az: I R 12/22
3. **Erbschaft-/Schenkungssteuer: Vollzugshemmung verschiebt Ausführung einer gemischt-freigebigem Grundstücksschenkung**
Urteil vom 21.08.2024, Az: II R 11/21
4. **Grunderwerbsteuer: Zurechnung von Grundstücken bei einer Anteilsvereinigung nach § 1 Abs. 3 GrEStG und Grunderwerbsteuerbefreiung bei einer niederländischen Stiftung**
Urteil vom 23.07.2024, Az: II R 11/22
5. **Grunderwerbsteuer: Aufhebung einer Wohnungseigentümergeinschaft bleibt Grunderwerbsteuerpflichtig**
Urteil vom 31.07.2024, Az: II R 30/21
6. **Umsatzsteuer: Steuerschuldnerschaft des Organträgers nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG ist unionsrechtskonform**
Urteil vom 29.08.2024, Az: V R 14/24 (V R 20/22, V R 40/19)
7. **Umsatzsteuer: Betriebsfortführung zugunsten eines Dritten ist kein Umsatz im Rahmen einer Geschäftsveräußerung**
Urteil vom 29.08.2024, Az: V R 41/21
8. **Einkommensteuer: Steuerfreiheit von Aufstockungsbeträgen bleibt trotz Ende der Altersteilzeit bestehen**
Beschluss vom 24.10.2024, Az: VI R 4/22
9. **Umsatzsteuer: Steuerbefreiung bei Haarwurzeltransplantation (Alopezie) setzt therapeutischen Zweck und ärztliche Bescheinigung voraus**
Urteil vom 25.09.2024, Az: XI R 17/21

Urteile und Beschlüsse:

1. **Kapitalanlagegesellschaften: BVerfG prüft mögliche Nichtigkeit von § 43 Abs. 14 KAGG aufgrund formellen Mangels des Gesetzgebungsverfahrens**
Beschluss vom 17.07.2024, Az: I R 12/20

Es wird eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber eingeholt, ob § 43 Abs. 14 Satz 2 und 3 des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften i.d.F. des Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetzes vom 20.12.2001 (BGBl I 2001, 3858, BStBl I 2002, 35) gegen Art. 20 Abs. 2, Art. 38 Abs. 1 Satz 2, Art. 42 Abs. 1 Satz 1 und Art. 76 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt.

2. Körperschaftsteuer: Erweiterung des § 8b Abs. 6 KStG gilt nicht für Sparkassen in AG-Form

Urteil vom 04.09.2024, Az: I R 12/22

Die für Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts geltende Vorschrift des § 8b Abs. 6 Satz 2 des Körperschaftsteuergesetzes (KStG), die den persönlichen Geltungsbereich von § 8b Abs. 1 bis 5 KStG (und damit auch z.B. von Abs. 3 Satz 3 zur Einkommenserhöhung bei Teilwertabschreibungen) erweitert, ist weder durch Auslegung noch im Wege der Analogie auf eine Sparkasse in der Rechtsform einer AG anzuwenden.

3. Erbschaft-/Schenkungssteuer: Vollzugshemmung verschiebt Ausführung einer gemischt-freigebigen Grundstücksschenkung

Urteil vom 21.08.2024, Az: II R 11/21

Haben die Vertragsparteien bei einer gemischt-freigebigen Grundstücksschenkung eine Vollzugshemmung vereinbart, wonach der bevollmächtigte Notar von der bereits erteilten Eintragungsbewilligung erst dann Gebrauch machen darf, wenn die Zahlung des Kaufpreises nachgewiesen ist, ist die gemischt-freigebige Schenkung erst im Zeitpunkt der vertraglich vorgesehenen Kaufpreiszahlung im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzes ausgeführt.

4. Grunderwerbsteuer: Zurechnung von Grundstücken bei einer Anteilsvereinigung nach § 1 Abs. 3 GrEStG und Grunderwerbsteuerbefreiung bei einer niederländischen Stiftung

Urteil vom 23.07.2024, Az: II R 11/22

1. Ein inländisches Grundstück ist einer Gesellschaft für den nach § 1 Abs. 3 des Grunderwerbsteuergesetzes (GrEStG) der Grunderwerbsteuer unterliegenden Rechtsvorgang zuzurechnen, wenn sie zuvor in Bezug auf dieses Grundstück einen unter § 1 Abs. 1, Abs. 2 oder Abs. 3 GrEStG fallenden Erwerbsvorgang verwirklicht hat. Dies gilt auch bei mehrstöckigen Beteiligungen (Anschluss an Urteil des Bundesfinanzhofs vom 14.12.2022 - II R 40/20, BFHE 279, 290, BStBl II 2023, 1012, Rz 30).

2. Eine steuerbare Vereinigung von Anteilen an einer grundbesitzenden Gesellschaft in einer niederländischen Stiftung (stichting) ist nicht nach § 5 Abs. 2 GrEStG steuerbefreit, wenn die Stiftung bei einem Rechtstypenvergleich nicht mit einer Gesamthandsgemeinschaft gleichgestellt werden kann.

5. Grunderwerbsteuer: Aufhebung einer Wohnungseigentümergeinschaft bleibt grunderwerbsteuerpflichtig

Urteil vom 31.07.2024, Az: II R 30/21

Die Befreiungsvorschrift des § 7 Abs. 1 GrEStG ist bei der Aufhebung einer Wohnungseigentümergeinschaft unter Bildung von Miteigentum nicht entsprechend anwendbar.

6. Umsatzsteuer: Steuerschuldnerschaft des Organträgers nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG ist unionsrechtskonform

Urteil vom 29.08.2024, Az: V R 14/24 (V R 20/22, V R 40/19)

1. Die sich aus § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) ergebende Steuerschuldnerschaft des Organträgers ist unionsrechtskonform (Anschluss an Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 18.01.2023 - XI R 29/22 (XI R 16/18) , BFHE 279, 320).

2. Entgeltliche Leistungen, die eine Organgesellschaft an den Organträger erbringt, sind entsprechend der bisherigen BFH-Rechtsprechung nichtsteuerbar.

3. Erbringt eine Organgesellschaft Leistungen gegen Entgelt an den Organträger, lässt die Nichtsteuerbarkeit das Entgelt nicht entfallen, so dass es mangels Unentgeltlichkeit nicht zu einer Entnahmebesteuerung gemäß § 3 Abs. 9a Nr. 2 UStG beim Organträger kommt (insoweit Aufgabe des BFH-Urteils vom 20.08.2009 - V R 30/06 , BFHE 226, 465, BStBl II 2010, 863).

7. Umsatzsteuer: Betriebsfortführung zugunsten eines Dritten ist kein Umsatz im Rahmen einer Geschäftsveräußerung

Urteil vom 29.08.2024, Az: V R 41/21

§ 1 Abs. 1a Satz 1 UStG beschränkt sich auf Leistungen, die zwischen dem Übertragenden und dem Übertragungsempfänger erbracht werden. Die Nichtsteuerbarkeit erfasst daher keine Umsätze, die an Dritte ausgeführt werden. Für solche kommt die Anwendung des § 1 Abs. 1a Satz 1 UStG lediglich dann in Betracht, wenn insoweit eine (weitere) Geschäftsveräußerung vorliegt.

8. Einkommensteuer: Steuerfreiheit von Aufstockungsbeträgen bleibt trotz Ende der Altersteilzeit bestehen

Beschluss vom 24.10.2024, Az: VI R 4/22

Wird das Entgelt für die Altersteilzeitarbeit aufgestockt, steht der Steuerfreiheit des Aufstockungsbetrags nach § 3 Nr. 28 des Einkommensteuergesetzes nicht entgegen, dass sich der Steuerpflichtige bei dessen Zufluss nicht mehr in Altersteilzeit befindet.

9. Umsatzsteuer: Steuerbefreiung bei Haarwurzeltransplantation (Alopezie) setzt therapeutischen Zweck und ärztliche Bescheinigung voraus

Urteil vom 25.09.2024, Az: XI R 17/21

1. Ein therapeutischer Zweck im umsatzsteuerrechtlichen Sinne kann auch dann vorliegen, wenn eine Haarwurzeltransplantation nicht auf die Ursachen des Haarausfalls einwirkt, sondern lediglich ihre Folgen beseitigt.

2. Bei hereditärer und vernarbender Alopezie besteht eine tatsächliche Vermutung dafür, dass ein behandlungsbedürftiger Zustand vorliegt.

3. Die Diagnose einer androgenetischen Alopezie rechtfertigt noch nicht die tatsächliche Vermutung, dass ein behandlungsbedürftiger Zustand vorliegt.

4. Zum Nachweis der Steuerbefreiung einer Haarwurzeltransplantation ist bei androgenetischer Alopezie eine qualifizierte ärztliche Bescheinigung vorzulegen; pauschale, nicht näher substantiierte Erklärungen des transplantierenden Arztes genügen insoweit nicht.